

**Gegenüberstellung Diakonieforderungen und Landtagswahlprogramm der Parteien GRÜNE, CDU, SPD und FDP**

**Digitalisierung**

Mehr Digitalisierung führt zu mehr Digitalisierungsverlierern. Dazu gehören beispielsweise arme Familien, geringqualifizierte Menschen und Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen. Es gilt, die digitale Spaltung der Gesellschaft aufzuheben und gerade Älteren, sozial Benachteiligten und Hilfebedürftigen Zugang zu digitalen Angeboten zu ermöglichen.

<b>Position DWW</b>	<p><b>1. Digitale Inklusion</b></p> <p>Die Digitalisierung birgt Risiken. Es entstehen andere Ausgrenzungen und neue Barrieren. Von Armut betroffene Familien und Alleinstehende sowie Menschen mit Assistenzbedarf dürfen nicht von der Teilhabe an der digitalen Gesellschaft und Bildung ausgeschlossen werden. Das hat insbesondere die Corona-Krise deutlich gemacht. Arme Menschen müssen deshalb bei der Ausstattung mit notwendigen Geräten und Zugängen unterstützt werden. Menschen mit Assistenzbedarf brauchen Förderung bei der Ausstattung mit digitaler Hard- und Software für Kommunikation, Bildung und Arbeit aber auch Ambient Assisted Living-Lösungen. Digitale Inklusion muss künftig auch bei der öffentlichen Gesundheitsvorsorge ermöglicht werden. Der Zugang zu medizinischen und sozialen Hilfeleistungen für hilfebedürftige Menschen muss auch durch digitale Infrastrukturen abgesichert sein. Wird all das berücksichtigt, wird Digitalisierung auch für diese Menschen nicht zum Risiko, sondern zur Chance.</p>
<b>GRÜNE</b>	<p>Die GRÜNEN wollen eine Digitalisierung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Qualifizierungsprogramme speziell auch für sozial benachteiligte Menschen sind für sie ein wichtiger Beitrag zur Teilhabe an der digitalen Gesellschaft. Baden-Württemberg soll zu einem Laboratorium für eine an ethischen und ökologischen Kriterien orientierte Digitalisierung werden.</p> <p>Grundsätzlich sehen sie den Zugang zu schnellem Internet als Daseinsvorsorge, deshalb müsse er deshalb flächendeckend, sicher und diskriminierungsfrei sein.</p> <p>Die Teilhabe am und die Gestaltung des digitalen Wandels aller wird betont. So wollen die Grünen mehr Angebote, um einen selbstbewussten Umgang mit digitaler Technik und Anwendungen zu erlernen.</p> <p>In ihren Augen brauchen u.a. alle Schüler:innen eine Ausstattung mit digitalen Endgeräten.</p> <p>Um Transparenz zu garantieren und Beteiligung zu ermöglichen, wollen sie die E-Government-Angebote weiter ausbauen. Verwaltungsleistungen sollen so barrierefrei und mehrsprachig digital zur Verfügung gestellt werden können.</p>
<b>CDU</b>	<p>Die CDU möchte die gleichwertige Teilnahmemöglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler. Diese wollen sie durch eine einkommensabhängige Bezuschussung oder die Bereitstellung von Endgeräten sicherstellen. Außerdem setzt die CDU einen Schwerpunkt auf die moderne, sprich digitale, Verwaltung: Sie will, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von der Digitalisierung der Verwaltung profitieren können, ganz unabhängig von ihrem Wohn- bzw. Standort. Das Amt soll zu den Menschen kommen.</p>
<b>SPD</b>	<p>Neben der Digitalisierung von Verwaltungsabläufen, um beispielsweise Behördengänge zu vereinfachen, will die SPD die Digitalisierung nutzen um die Bürger:innen einfacher und niederschwellig an politischen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Außerdem soll jede:r Schüler:in ab der weiterführenden Schule digital ausgestattet werden.</p>

<b>FDP</b>	<p>Die FDP möchte Schülerinnen und Schülern eine gute Ausstattung mit Hard- und Software für den digitalen Unterricht zur Verfügung stellen.</p> <p>Bei der Optimierung der E-Government-Angebote will die FDP von den Bürger:innen her denken. Das soll für diese auch bedeuten können, im Kontakt mit Behörden die Möglichkeit persönlicher oder schriftlicher Kommunikation als Alternative zum E-Government beibehalten zu können.</p>
------------	--

<b>Position DWW</b>	<p><b>2. Digitalisierung in der Sozialwirtschaft</b></p> <p>Digitalisierung und Innovationen kosten. Der Aufwand zur Schaffung einer digitalen Infrastruktur und digitaler Lösungen ist seitens der Kostenträger grundsätzlich aber kein vergütungsrelevanter Bestandteil. Der Aufwand für Forschung und Entwicklung kann nur aus Eigenmitteln finanziert werden und bedarf daher neuer Konzepte zur Finanzierung. Die Sozialwirtschaft benötigt politische Entscheidungen, die es ihr ermöglichen, die notwendige Digitalisierung voranzutreiben.</p>
<b>GRÜNE</b>	<p>Die GRÜNEN wollen die digitale Infrastruktur in Baden-Württemberg weiter stark ausbauen. Dazu setzen sie auf die Entwicklung einer sozialen Innovationsstrategie für Baden-Württemberg und damit auch auf die Schaffung besserer Finanzierungsinstrumente für Sozialunternehmen.</p> <p>Weiterhin wollen sie ein eigenes Förder- und Beratungsprogramm für Genossenschaften, Sozialunternehmen und gemeinnützige Unternehmen sowie für Formen der Solidarischen Landwirtschaft starten, um deren Aufbau und Entwicklung zu erleichtern</p>
<b>CDU</b>	<p>Die CDU möchte ein eigenes Ministerium für die Digitalisierung, um so Impulse aus Wirtschaft und Forschung noch schneller und besser aufnehmen, bewerten und begleiten können. Sie legt einen Schwerpunkt auf den Ausbau von Glasfaser und 5 G.</p>
<b>SPD</b>	<p>Die Sozialdemokraten möchten bis 2030 alle Regionen sowie Bürgerinnen und Bürger im Land mit schnellem Internet ausstatten.</p>
<b>FDP</b>	<p>Die FDP will dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg flächendeckend Glasfaserverbindungen für alle Gebäude und Betriebe zur Verfügung stehen. Außerdem sollen die in den diversen Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums eingestellten Mittel verstärkt zum Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum eingesetzt werden.</p> <p>Außerdem will die FDP ein eigenes Digitalisierungsministerium einrichten, in dem Kompetenzen aufgebaut und gebündelt werden können, um den Aufbau einer digitalen Verwaltung und die Herausforderungen einer digitalen Wirtschaft strategisch fundiert und strukturiert bewältigen zu können.</p>

<b>Position DWW</b>	<p><b>3. Weiterbildung und digitale Kompetenzen</b></p> <p>Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig digitale Kompetenzen sind. Dies wird in Zukunft noch zunehmen. Durch die Krise entstanden Innovationen und Ansätze zur Kollaboration, die vorher unbekannt oder mit Angst behaftet waren. Benachteiligte Menschen müssen beim Erwerb digitaler Kompetenzen unbedingt gefördert werden, um sie in Zukunft nicht noch weiter abzuhängen. Zur Förderung der digitalen Selbstentwicklung benachteiligter Menschen in Baden-Württemberg müssen ihnen Vernetzungs- und Lernwege durch geeignete Netzwerke und Plattformen vermittelt werden. Nur so kann ihr Kompetenzniveau weiterentwickelt werden. Diese Kompetenz ist entscheidend für den Erfolg digitaler Inklusion und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der digitale Wandel setzt einen Kulturwandel voraus. Hierfür ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen auf digitale Inhalte barrierefrei zugreifen können. Bevor neue Systeme eingerichtet werden, sollten die Bedürfnisse der Menschen bedacht werden. An sie sollen die technischen Rahmenbedingungen angepasst werden, nicht umgekehrt. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Außerdem ist zu beachten, dass die Digitalisierung ein sich stetig wandelnder Prozess ist, der eine regelmäßige Aktualisierung des</p>
---------------------	--

	Knowhows und technische Anpassung voraussetzt.
<b>GRÜNE</b>	<p>Die GRÜNEN setzen sich für eine kritische Digitalbildung ein. Sie fordern einen selbstbewussten Umgang mit der Technologie als Grundlage für alle Generationen, deshalb wollen sie Menschen, die aufgrund ihres Alters mit digitalen Medien nicht vertraut sind, bezüglich der gesellschaftlichen Teilhabe im Blick behalten und mit entsprechend angepassten Angeboten unterstützen. Weiterhin betonen sie die Teilhabe am und Gestaltung des digitalen Wandels aller: es werden mehr Angebote gefordert, um einen selbstbewussten Umgang mit digitaler Technik und Anwendungen zu erlernen</p> <p>Im Dialog mit den Sozialpartnern wollen die GRÜNEN ein Grundeinkommen für Qualifizierung und Weiterbildung auflegen. Das Grundeinkommen für Qualifizierung und Weiterbildung soll allen Menschen erlauben, sich beruflich zu qualifizieren. Der Wunsch nach beruflicher Weiterbildung und Entwicklung dürfe nicht am Geldbeutel scheitern. Weiterbildung soll dabei in Vollzeit und Teilzeit möglich sein.</p> <p>Qualifizierungsprogramme speziell auch für sozial benachteiligte Menschen sind für die GRÜNEN ein wichtiger Beitrag zur Teilhabe an der digitalen Gesellschaft.</p>
<b>CDU</b>	k. A.
<b>SPD</b>	Die SPD will die Bürger:innen für die Schattenseiten der Digitalisierung sensibilisieren. Dazu sollen alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, digitale Kompetenzen zu erwerben, beispielsweise über Verbraucherzentralen oder andere Weiterbildungsträger.
<b>FDP</b>	Die FDP möchte die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters im Fachbereich Informatik und digitale Medien in Bildungseinrichtungen fördern. Hierbei soll unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe im Vordergrund stehen. Weiterhin möchte sie die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer über eine gute Ausstattung mit Hard- und Software für den digitalen Unterricht verfügen.